

EUROPÄISCHE GEDANKEN

I.

Die Frage nach der europäischen Einheit wird so lange gestellt werden, bis sie vollzogen ist. Es ist keineswegs verwunderlich, daß reichlich viel Meinungsverschiedenheiten über den besten und schnellsten Weg zu dieser Einheit auch heute noch bestehen. *Ludwig Rosenberg* hat dem im Aprilheft der Gewerkschaftlichen Monatshefte mit berechtigtem Bedauern Ausdruck gegeben und die Konzeptionslosigkeit der Europäer (besser wäre vielleicht: Verschiedenheit der Konzeptionen) dafür verantwortlich gemacht. Das ist gewiß, in diesem vorgeschrittenen Stadium, einer der Gründe für die Langsamkeit und Lahmheit, mit denen man an den Aufbau der Europagemeinschaft herangeht. Einige Jahrhunderte nationalstaatlicher Existenz haben das Denken der europäischen Menschen stärker bestimmt als alles andere, und im Zentrum Europas, in Deutschland, sind die wahrhaften großen Deutschen (unter denen nicht wenige europäisch dachten), nach einem Wort *Ferdinand Lassalles*, wie eine Schar von Kranichen über das Land gezogen, ohne große Spuren zu hinterlassen. Das gilt vor allem für Politik und Wirtschaft, obwohl gerade die Wirtschaft die nationalen Grenzen bereits seit Jahrzehnten durchbrochen hat und geradezu nach der Zusammenfassung des europäischen Raumes schreit. Aber Politiker aller Richtungen sind oft schwerhörig und wenig scharfsichtig. Besonders wenn sie Minister sind, bewähren sie sich als Bremsklötze; der europäische Ministerrat in Straßburg ist ein düsteres Beispiel dafür.

Die europäische Zauderpolitik ist keineswegs ein besonderes Kennzeichen nur der britischen Haltung. Das Vereinigte Königreich hat immerhin triftige Gründe gegen die europäische Zusammenfassung, die die Kontinentalstaaten nicht für sich anführen können. Die ablehnende Stellungnahme Großbritanniens (weniger die der nordischen Staaten) ist verständlich. Sie ist von den sozialdemokratischen Vorkämpfern eines geeinten europäischen Kontinents während der Epoche der Weimarer Republik ausführlich und mit derselben Beweisführung in den „Sozialistischen Monatsheften“ auseinandergesetzt worden, wie es gegenwärtig von den Briten selbst geschieht. Man hat damals diese Haltung jener deutschen Sozialdemokraten, die in der genannten Zeitschrift einen unermüdlichen Kampf für die kontinentaleuropäische Idee führten, nicht verstanden und sie der voreingenommenen Gegnerschaft gegen Großbritannien verdächtigt. Das war vollkommen falsch. Diese Haltung war vielmehr eine Folge jener richtigen Erkenntnis, daß das britische Weltreich mit seinen Kolonien und Dominien in allen Erdteilen ein Imperium (und zwar das größte) für sich allein war und, infolge seiner Verbundenheit mit den weitverzweigten Gebieten in allen Teilen der Welt, sein Schicksal unmöglich mit dem der europäischen Kontinentvölker fest verbinden konnte. Dieser imperiale Charakter Großbritanniens ist zwar nicht mehr der alte. Er hat durch die Umwälzungen, die als die Folgen des zweiten Weltkrieges überall eingetreten sind, Änderungen erfahren, die vermutlich noch nicht zu Ende sind. Wenngleich eine gewisse Lockerung im Gefüge dieses großen Imperiums eingetreten ist: es besteht weiter in der Form eines Commonwealth. Wahrscheinlich ist diese Lockerung ein weiterer Grund für die britische Politik, besonders vorsichtig zu sein und alles zu vermeiden, was ihr irgendwie Vorschub leisten könnte. (Das Fernbleiben der

Vertreter Indiens, Pakistans und Ceylons bei der letzten Konferenz des Commonwealth und die politischen Auffassungen dieser drei Staaten, die sich in den asiatischen Fragen durchaus nicht immer mit der des Vereinigten Königreiches decken, gehören beispielsweise zu den Tatsachen, die die britische Regierung zur größten Behutsamkeit veranlassen; auch bei der Stellungnahme zu den Einheitsbestrebungen Europas.) Die kontinentaleuropäischen Politiker messen vielfach der durch den zweiten Weltkrieg erfolgten Annäherung der britischen Inseln an den Kontinent eine zu große Bedeutung bei. Unter britischem Gesichtspunkt hat der Ärmelkanal immer noch eine respektable Breite. Das zeigt sich auch dadurch, daß die für einen europäischen Zusammenschluß unvermeidbare Beschneidung gewisser Souveränitätsrechte bisher britischerseits mit der größten Entschiedenheit zurückgewiesen wurde. Für die Schaffung Europas kann man ohne diesen Verzicht, der dauernder Art sein und allmählich erweitert werden muß, nicht auskommen. Wer das Verhalten Großbritanniens bei der durch den Atlantikpakt notwendig gewordenen Beschränkung der militärischen Befehlsgewalt (nur im Fall der Abwehr eines Angriffs und vorübergehend) verfolgt hat, kann ermesen, was es für die Briten bedeutet, dauernde Souveränitätsbeschränkungen zugunsten europäischer Einheitsbestrebungen zuzugestehen.

Eine Änderung freilich, und zwar eine erfreuliche, in dem Verhältnis Großbritanniens zum Kontinent, wird man feststellen dürfen. Während nach dem ersten Weltkrieg Großbritannien einem Zusammenschluß europäischer Kontinentalstaaten (vor allem einer engen deutsch-französischen Gemeinschaft, als erste Stufe zur europäischen Einigung) feindlich gegenüberstand und die seinen eigenen Interessen dienende Balance-of-power-Politik mit Zähigkeit weiterverfolgte, ist das jetzt anders geworden. Großbritannien braucht die Einheit des Kontinents nicht mehr zu fürchten. Es kann sie sogar begünstigen (einsichtige englische Politiker tun es auch), da eine Zusammenballung kontinentaler Kräfte gegen die britischen Inseln gerichteter Kräfte nicht mehr möglich ist. (Ein eventueller Zusammenstoß zwischen Westen und Osten ist ein anderes Kapitel. Zu seiner Abwehr bereitet sich Großbritannien gemeinsam mit den europäischen Festlandstaaten vor). Man kann es heute als eine Gewißheit annehmen, daß das Inselreich jenseits des Kanals mit einem geeinten Europa in freundschaftlichen, beiden Teilen nützlichen Beziehungen stehen wird. Großbritannien wird nicht vergangenen Zeiten nachtrauern und dabei die Gegenwart verlieren; es sähe den praktischen und erfahrenen Angelsachsen nicht ähnlich, das zu tun. Die Haltung Großbritanniens ist von den Faktoren abhängig, die hier geschildert wurden, gleichviel welche der beiden großen Parteien die Regierungsgewalt ausübt. Wer etwa an einen Regierungswechsel die Hoffnung knüpft, daß dadurch die unwirkliche enge Verbindung mit dem Kontinent erfüllt werden könnte, wird schwer enttäuscht werden; die britische Europa-Politik wird die vorgezeichnete Linie in absehbarer Zeit nicht verlassen, und es ist schon viel gewonnen, wenn sie dem kontinentaleuropäischen Zusammenschluß keine Schwierigkeiten mehr bereitet. Die Anwesenheit der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion in Europa ist eine Garantie dafür, daß die Zeit eines kontinentaleuropäischen, von einer großen europäischen Macht geführten Imperialismus (Deutschland hat seine zweimaligen mißlungenen Versuche schwer büßen müssen) vorbei ist. Die kontinentalen Kräfte werden sich zusammenfinden, um in friedlichem, produktivem Schaffen das neue Europa zu bauen, oder, wenn sie es nicht vermögen, in verzettelter, wenig produktiver Arbeit ein armseliges Satellitendasein führen, das entweder dem Westen oder dem Osten zu dienen hat. Mit der Machtpolitik, von der man so lange in Deutschland geträumt hat,

ist es aus. Ein Machtfaktor zur Erhaltung des Friedens aber kann der Kontinent noch werden, wenn er sich zusammenschließt. Durch einen Zusammenschluß vermag er auch jedem der noch vorhandenen Nationalstaaten das Maß der Unabhängigkeit zu erhalten, das unter den veränderten Umständen der Gegenwart überhaupt noch möglich ist; isoliert werden die europäischen Staaten nicht einmal mehr eine scheinbare Unabhängigkeit aufrechterhalten können.

II.

Während die Haltung Großbritanniens zur Frage der europäischen Einheit also eindeutig negativ ist, ist die der anderen europäischen Länder weniger klar und noch weniger einheitlich. Zwar sagt man zumeist ja zu Europa, aber dieses Ja ist sehr bedingt, es fehlt ihm die tätige Handlung. Nun ist es natürlich einfacher nein als ja zu sagen. Das Ja erfordert, daß man die Sache in Angriff nimmt; denn die Zeit der zustimmenden Entschließungen und der Proklamationen ist vorüber. Es bleibt leider nach wie vor schwer, die Jasager unter einen Hut zu bringen, damit endlich der Grundstein des europäischen Hauses gelegt werden kann, auf dem der Weiterbau sich vollzieht. Es ist gewiß, daß die europäische Einheit nicht auf einen Hieb, nach der Methode der vorfabrizierten Häuser, fertig hingestellt werden kann. Es handelt sich vielmehr um einen wirklichen Hausbau, der weiträumig und fest sein muß, damit alle europäischen Völker gute und dauernde Unterkunft finden. Den Straßburger Rat europäischer Minister und Parlamentarier wird man kaum als einen Anfang europäischer Einheit bezeichnen können. Die Reden, die dort gehalten, und die Beschlüsse, die dort gefaßt wurden, mögen zu einem Teil keine schlechte Propaganda für den europäischen Gedanken gewesen sein. Sie haben aber auch die Schwierigkeiten gezeigt, die zögernde Völker sich selbst bereiten, die zu ihrem eigenen Werk kein rechtes Vertrauen haben. Die Kommentare, die in der Öffentlichkeit zu der Straßburger Tätigkeit bisher gegeben wurden, zeigen es nicht minder. Die Frage nach dem Wie des Beginns ist immer noch nicht zweifelsfrei beantwortet, und man muß sich noch mit ihr beschäftigen.

Die Haltung der kontinentalen Staaten ist sehr verschieden, und ihre Verschiedenartigkeiten sind — begreiflicherweise — parteipolitisch bedingt. Aber auch innerhalb der Parteien sind die Meinungen geteilt und weichen oft stark voneinander ab. Gegen die vielfach erhobene Forderung, daß der europäische Zusammenschluß im Politischen beginnen müsse, wäre nichts einzuwenden, wenn sie sich verwirklichen ließe. Sobald sie vollzogen wäre, hätte man — mindestens in der Form — die Einheit hergestellt; es ist aber wenig wahrscheinlich, daß ihr Fundament sehr fest wäre. Es muß auch heute noch bezweifelt werden, ob die nationalstaatlichen Regierungen und Parlamente dazu bereit sind, einer solchen politischen Vereinigung ihre Zustimmung zu geben, denn sie bedeutete den Verzicht auf die eigenstaatliche Souveränität auf einen Hieb und ihre Übertragung an eine europäische Regierung und an ein europäisches Parlament. Alle Dinge unterstünden sodann diesen beiden Instanzen, es sei denn, daß eine Reihe von Gebieten auch fernerhin der nationalstaatlichen Kompetenz unterstellt blieben. Die Abgrenzung der Kompetenzen wäre keine einfache Angelegenheit, und man geriete ohne Zweifel in einen Hexensabbat von Diskussionen hinein, ehe eine Verständigung (wenn sie überhaupt gelänge) erreicht würde. Aber auch wenn man so weit käme, müßte man mit schwierigen und fortlaufenden Auseinandersetzungen rechnen, da das Ziel, die supranationalen Kompetenzen auszudehnen, bestehen bliebe, weil es auf dem Weg der erstrebten Entwicklung läge. Ein Modus vivendi zwischen nationalstaatlicher und euro-

päischer Kompetenz ist natürlich möglich. Das beweisen die Verhältnisse in den Vereinigten Staaten, in der Schweiz und in Deutschland selbst, wenn auch diese Schlußfolgerung nicht unbedingt zwingend ist. Denn man darf bei den angeführten Beispielen nicht übersehen, daß es sich in den genannten Ländern um Bevölkerungen handelte, bei denen die Tendenz zum Zusammenschluß oft sehr stark war, während man das bei der europäischen Bevölkerung nur mit erheblichen Vorbehalten sagen kann. Immerhin hat es in der Schweiz mehrere Jahrhunderte gedauert, bis aus den drei Urkantonen, die anfangs die Eidgenossenschaft bildeten, die Schweiz wurde, die wir heute kennen. Auch in den Vereinigten Staaten verstrich eine erhebliche Zeit, ehe aus den 13 Bundesstaaten, die sich vor rund 180 Jahren, nach dem Befreiungskampf, zusammenfanden, eine Nation von 48 Bundesstaaten entstand. Die Geschichte der italienischen Einheitsbewegung, und auch die unserer deutschen selbst, zeigt, daß derartige Völkerzusammenschlüsse nicht von heute auf morgen und durch Anordnungen von oben erreichbar sind, sondern, wenn sie auf solidem Grund ruhen sollen, sich von kleinen Anfängen aus entwickeln und wachsen müssen. Wir haben heute, nach dem Verhängnis des zweiten Weltkrieges, größere Eile, und die Erkenntnis in die Notwendigkeit der europäischen Einheit hat ideenmäßig große Fortschritte gemacht. Es darf indessen nicht verkannt werden, daß die nationalen Begriffe (um nicht zu sagen: nationalistischen) noch große Bevölkerungsschichten beherrschen und nach dem furchtbaren Zusammenbruch auch in Deutschland eine neue Blüte erleben. Die Reservierung nationalstaatlicher Kompetenzen und der Wunsch, den eigenen nationalen Ideen einen bleibenden, wirkungsvollen Einfluß zu sichern, sind in allen Ländern Faktoren, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf.

Man wird daher die Europawerdung der kontinentalen Völker dadurch unterstützen müssen, daß man, vor allem auf wirtschaftlichen Teilgebieten, aber auch, wenn es eben geht, auf politischen (siehe Europa-Armee), europäischen Gemeinschaften mit supranationalen Autoritäten begründet, die, wenn sie gut funktionieren, die Einheit Europas erheblich fördern werden. Wenn in solchen Organisationen, die allen Beteiligten Opfer auferlegen, auch nicht alles von vornherein wie in einem Uhrwerk genau funktionieren kann, so darf die Sache deshalb nicht wieder beseitigt, sondern die Fehler müssen ausgemerzt werden. Sehr wichtig ist, daß es innerhalb jedes europäischen Gemeinschaftswerkes keine Teilnehmer minderen Rechts geben darf. Die Gleichberechtigung muß selbstverständlich sein, wenn etwas aus ihm werden und es der Sache dienen soll, für die es geschaffen wurde. Wenn man die ökonomisch wichtigsten Gebiete der Gesetzgebung der Nationalstaaten entzieht, wie man das seinerzeit mit Erfolg beim Norddeutschen Bund getan hat, so wird man auf diesem Wege den Europäischen Bund ebenso zustande bringen wie damals den Deutschen Bund. Der Krieg von 1870/71 wäre zu seiner Vollendung nicht nötig gewesen, wenn es im damaligen Deutschland eine echte, tatkräftige, zum Handeln entschlossene Demokratie gegeben hätte.

Gegen diese Methode, deren Vorkämpfer Frankreich geworden ist, das, nicht erst seit gestern und heute, der entschlossenste Vertreter der europäischen Einheit unter den Kontinentalstaaten ist, werden in Deutschland verschiedene Einwände erhoben. Man wirft Frankreich vor, daß es eine europäische Hegemonie erstrebe. Dieser Vorwurf ist heute, nach dem zweiten Weltkrieg, nicht weniger ungerechtfertigt als nach dem ersten. Frankreich hat andere Sorgen und weiß sehr wohl, daß alle Hegemoniebestrebungen in das Reich der Träume gehören. Wer in der heutigen europäischen Situation, in der alles, was vorher war, poli-

tisch auf den Kopf gestellt ist, einer europäischen Festlandmacht Hegemonietendenzen zuschreibt, bedient sich in derselben Weise alter, aus einer versunkenen Vergangenheit geschöpfter Argumente, wie das die französischen Nationalisten tun, wenn sie das Mißtrauen gegen Deutschland mit Beweisgründen aus der Zeit von Anno dazumal zu rechtfertigen suchen. Geschichtlich gesehen hat es in der neueren Zeit Versuche Frankreichs, eine europäische Hegemonie zu etablieren, nur unter der Herrschaft der beiden Bonapartes gegeben. Die erste wäre fast gelungen, die des dritten Napoleon war von vornherein ein Versuch mit untauglichen und unzulänglichen Mitteln und ist daher auch kläglich gescheitert. Nie ist nachher der Versuch erneuert worden, und es ist wenig erfreulich, wenn derartige Vorwürfe in Deutschland, unter vollkommener Verkenning der Tatsachen und dessen, was politisch möglich ist, immer wieder erhoben werden.

III.

Gegen europäische Wirtschaftsgemeinschaften auf Teilgebieten wird, da man nur mit der Beteiligung der Länder rechnen könne, die auch den Schumanplan unterschrieben haben, eingewendet, daß dabei nur ein „Klein-Europa“ herauskäme, mit dem man den Weg zum Gesamteuropa erschwere oder gar verhindere. Nichts scheint mir ungerechtfertigter und falscher zu sein als diese Einwendung. Zumindest müßten die, die sich ihrer bedienen, ihrerseits zeigen, auf welche Weise und auf welchem Wege man zum Gesamteuropa kommt. Die These, daß man ohne britische Teilnahme nichts Europäisches unternehmen könne, wirkt, nach der klaren ablehnenden Stellungnahme der Briten selber, allmählich lächerlich. Man muß, wenn man nicht alle europäischen Dinge ad calendae graecas vertagen will, mit den Ländern beginnen, die zur Teilnahme bereit sind, und man wird, wenn das geschieht, der freundschaftlichen Zusammenarbeit mit Großbritannien sicher sein können. Die Briten sind Leute, die politisch real zu denken verstehen und vollendete Tatsachen anerkennen. Besonders dann, wenn sie nicht gegen sie geschaffen wurden. Überall, wo europäische Teilwerke entstehen, sind sie nicht antibritisch, sondern proeuropäisch. Die europäische Einheit kann weder mit noch gegen Großbritannien hergestellt werden, sondern einfach ohne das Inselreich, dem es freisteht, sobald es das will, in einer Form, über die man sich verständigen wird, mitzuarbeiten. Es steht ihm ebenso frei, das zu unterlassen. Kontinental-Europa ist eine solide Angelegenheit; es muß nur erst einmal begonnen werden, seine Grundlagen zu schaffen. Man kann nicht damit warten, bis eine neue Katastrophe einen einzigen großen Kirchhof aus diesem Erdteil gemacht hat. Dann freilich wäre es zu spät, und dann kann man es sich ersparen, europäischen Ideen nachzujagen, die, rechtzeitig in die Tat umgesetzt, Europa gerettet hätten.

Man kann den europäischen Zusammenschluß sehr wohl mit „Klein-Europa“ beginnen, das mit seinen mehr als 150 Millionen Einwohnern, seiner ausgezeichneten Industriegrundlage und der Schaffenskraft seiner Arbeiter, unter denen die deutschen eine Elite darstellen, in Wirklichkeit gar kein „Klein“-Europa, sondern das ausschlaggebende Zentrum Europas ist. Mit seinem von keinen Zollschränken mehr behinderten großen innereuropäischen Markt würde es sehr schnell eine große Anziehungskraft auf die anderen freien, noch nicht dem Satellitendasein verfallenen europäischen Völker ausüben und sich wahrscheinlich schnell vergrößern. Man muß im Kleinen beginnen, wenn man zum Großen kommen will. Das Zusammenwachsen der Schweiz, Deutschlands, Italiens, der Vereinigten Staaten sind gute Beispiele dafür. Wenn die 13 amerikanischen

Staaten, die nach dem Befreiungskrieg die dringende Aufforderung an das ihnen räumlich verbundene Kanada richteten, sich der neuen selbständig gewordenen Macht anzuschließen, bis zu dem Tage gewartet hätten, an dem das zustimmende Ja erfolgt wäre, so würden sie noch heute warten.

Der Kampf um die freiheitliche Gestaltung der zusammengeschlossenen Länder Europas muß, wenn das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sowie andere in einer modernen Demokratie zu erfüllende Arbeiterrechte noch nicht vorhanden sind, mit aller Entschiedenheit weitergeführt werden. Das wird in einem vereinten Europa nicht anders sein, wie es in den einzelnen Ländern auch heute ist. Der Erfolg hängt auch dann vor allem von der Kraft und Entschlossenheit der Gewerkschaften wie von den politischen Parteien ab, die begreifen, daß die Demokratien von heute einen anderen Inhalt haben müssen als die von gestern. Es wäre indessen kurzfristig, der Schaffung europäischer Gemeinschaften, mögen sie nun wirtschaftlicher oder politischer Natur sein, deshalb nicht zuzustimmen, weil ihr kapitalistischer Einschlag noch zu bedeutend ist. Das entspräche weder demokratischem noch sozialistischem Geist. Man muß den Kampf für die Ersetzung kapitalistischer Formen durch sozialistische überall führen, wo es nötig ist; er wird innerhalb europäischer Gemeinschaften nicht weniger aussichtsreich sein als innerhalb eines Nationalstaates, und es liegt nicht der geringste Grund dafür vor, sich gegen die Schaffung europäischer Gemeinschaften deshalb zu wenden, weil sie noch zu stark von kapitalistischem Geist geleitet würden. Man war sich in der deutschen Sozialdemokratie (und auch in nichtdeutschen sozialistischen Kreisen) bisher darüber einig, daß der organisatorische Ausbau kapitalistischer Unternehmen diese für eine sozialistische Gemeinwirtschaft vorbereite und daß es von dem Umfang und der Größe der Macht der organisierten Arbeiterschaft abhängt, wann und wieweit sie die kapitalistischen Betriebe in sozialistisch-gemeinwirtschaftliche überführen könne. Diese Auffassung ist auch heute noch richtig, und es wäre wenig sinnvoll und sachlich durchaus unbegründet, europäischen Gemeinschaften erst zuzustimmen, wenn sie nach sozialistischen Grundsätzen geleitet werden. Der Kampf um den sozialen Fortschritt und um eine möglichst große Dosis Sozialismus geht überall weiter, ob nun rückständige oder fortgeschrittene Organisationsformen (im Politischen oder Wirtschaftlichen) vorherrschen. Es ist keine Frage dieser Formen, sondern der bestehenden Machtverhältnisse, welche Fortschritte erzielt werden; vielleicht sind die Erfolgsaussichten in großen europäischen Gemeinschaften sogar günstiger als in der isolierten nationalstaatlichen Wirtschaft.

Man möge sich daher von dem künstlichen Schlagwort „Klein-Europa“ nicht beirren lassen. Die Zusammenfassung des Kontinents muß überall dort begonnen werden, wo sich eine Gelegenheit dazu bietet, und es kann keine Rede davon sein, daß Frankreich, Deutschland, Italien und die Beneluxstaaten zu klein für diesen Versuch seien. Ein anderer Weg nach Europa ist überhaupt nicht offen. Aber daß die Anfänge organisatorisch (das Wort im weitesten Sinne gefaßt) gut gemacht werden, darauf kommt es freilich an. Das jedoch steht auf einem anderen Blatt und hat mit dem hier erörterten Fragenkomplex herzlich wenig zu tun. Es ist die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft in allen Ländern, dafür zu sorgen, daß dies geschieht und daß die an europäischen Gemeinschaften beteiligten Staaten in voller Gleichberechtigung ihre gemeinsame Arbeit durchführen. Von der Furcht diktierte Diskriminationen, die so oft in der Geschichte Siegerstaaten besiegten Mächten auferlegt haben, darf es hier nicht geben, sie wären ein schlechtes Omen für europäische Gemeinschaftsarbeit.

Gewerkschaftliche Monatshefte

Zeitschrift für soziale Theorie und Praxis

2. JAHRGANG SEPTEMBER 1951 HEFT 9

A U S D E M I N H A L T :

THEO PIRKER

Betrieb und Arbeiterbewegung

WALTER THEIMER

**Gewerkschaftspolitik und politische
Theorie**

HUBERT H. HUMPHREY (USA)

Das Taft-Hartley-Gesetz

REINHOLD NIMPTSCH

**Flüchtlingsumsiedlung und
Wohnungsbedarf**

X *Cohen-Reuss: Europäische Gedanken / Riess: Gewerkschaften u. Wirtschaft in Frankreich / Jungbluth: Der Arbeitsdirektor / Müller: Demokratie u. junge Generation*

BUND - VERLAG GMBH · KÖLN